



TESSA SZYSZKOWITZ

ECHTE ENGLÄNDER

BRITANNIEN UND DER BREXIT

PICUS

TESSA SZYSZKOWITZ

ECHE ENGLÄNDER

BRITANNIEN UND DER BREXIT

PICUS VERLAG WIEN

KAPITEL 1

SPLENDID ISOLATION

KEIN WITZ

Kennen Sie einen guten Brexit-Witz? Wenn ja, schicken Sie ihn mir bitte mit Direktnachricht auf Twitter? Das ist kein Scherz. Ich suche schon seit dem 24. Juni 2016 nach richtig guten Witzen über den britischen EU-Austritt, da ich der tiefen Überzeugung bin, dass es in schlimmen Lagen helfen kann, darüber zu lachen.

Bisher ist die Auswahl allerdings spärlich. Beim Edinburgh Festival Fringe 2017 hatte zum Beispiel der Kabarettist Leo Kears dem britischen Wochenblatt *New European* folgenden Witz erzählt: »Brexit ist so, als ob Großbritannien im Suff unabsichtlich Europa auf Facebook entfreundet hätte.«

Den finden Sie nicht lustig? Moderat witzig, zugegeben. Den Briten scheint das Lachen im Hals stecken geblieben zu sein. Einige Comedians erzählen, dass ihre Witze über den EU-Austritt in London zwar ganz gut ankämen, aber im tieferen England hätten sie schlechte Erfahrungen gemacht: »Jeden Abend gehen Leute raus, wenn ich mit dem Europa-Teil beginne«, meint zum Beispiel Marcus Brigstocke. Er ist ein glühender Europäer und meint selbstkritisch: »Wut ist nicht gut für Comedy.«

Selbst das Kabarett ist in dieser Frage geteilt. Die meisten halten das Votum für den Austritt aus der EU für die größte freiwillige Selbstverletzung einer europäischen Nation seit dem Zweiten Weltkrieg, nur wenige sehen den Austritt aus der EU als Chance. Auf einem Craft of Comedy Festival in

Llandudno im April 2017 fragte ein *BBC*-Reporter einen Saal von über hundert Schreibern und Kabarettisten, wie viele für *Leave* gestimmt hatten. Nur eine Person hob die Hand. Der Komödienschreiber James Cary hat an Sitcoms wie dem Hit »Miranda« mitgewirkt, er ist außerdem bibeltreuer Christ: »Brexit wird mit Konservatismus und Nationalismus assoziiert«, meint er, »und gegen all das schreiben Kabarettisten normalerweise an.« Cary findet es gut, gegen diesen Strich zu bürsten. Er ist damit aber relativ allein.

Zum zweiten Jahrestag des EU-Referendums tweetete die ehemalige EU-Parlamentsabgeordnete der Labour Party Arlene McCarthy eine »Ergänzung zum Oxford Dictionary: Brexit – das Undefinierte verhandelt von den Unvorbereiteten, um den Uninformierten das Unklare zu geben«.

Vielleicht mangelt es auch an richtig guten Scherzen, weil die Humoristen auf der Bühne im Brexit-Drama schlicht von realen politischen Akteuren ausgestochen werden. Figuren wie Boris Johnson und Nigel Farage kann man nicht erfinden. Beide sind illustre, charismatische Persönlichkeiten, die ihr Talent zur öffentlichen Rede und ihre Beliebtheit in den Dienst der EU-Feindseligkeit gestellt haben.

SHAKESPEARSCHER HOFNARREN

Nigel Farage erzählt gerne von seinen Anfängen als EU-Feind. »Es war der Maastricht-Vertrag 1992, danach hatte ich einfach genug von der Europäischen Union«, erzählt er bei einem Treffen mit internationalen Journalisten. Der Maastricht-Vertrag stellte die Weichen für die Währungsunion und den Euro und für weitere politische Integration – das war mehr als Farage und, wie sich herausstellen sollte, viele Briten von Europa wollten.

Drei Jahre später wurde Farage für die europhobe Partei UKIP ins EU-Parlament gewählt. Der Anfang war hart, erzählt er: 1996 stand er im englischen Wiltshire in einem Veranstaltungsraum und blickte stumm um sich. Nicht ein einziger Zuhörer war erschienen, um seiner Brandrede zu lauschen.

Ab 2006 führte er die United Kingdom Independence Party, die eigens zu dem Zweck gegründet wurde, das Vereinigte Königreich aus der EU zu holen. Es schien ein lachhaftes Unterfangen zu sein.

Damals war mit Tony Blair der proeuropäischste Premierminister der britischen Geschichte im Amt. Labour-Chef Blair hatte in seiner Partei, in seinem Land und in der EU für die EU-Osterweiterung geworben. Blair hatte ein historisches Verständnis für die Bewältigung der europäischen Geschichte durch Einigung der Nationalstaaten. Doch mit Polens Aufnahme in die EU zogen auch viele polnische Arbeiter und Handwerker nach Großbritannien. Blair hatte auf Übergangsregelungen verzichtet. 2004 kam eine Million Polen auf die britischen Inseln. Dies stellte sich im Nachhinein als einer der großen politischen Fehler heraus, die Nigel Farage ungeahnte Popularität bescheren sollten.

In der Kampagne für das EU-Referendum im Frühling 2016 kam es zu dem Moment, bei dem Nigel Farage sein Talent als Showman und Agitator wie nie zuvor unter Beweis stellte. Er posierte vor einem Poster mit der Aufschrift »Breaking Point« – auf Deutsch etwa: »Die Belastungsgrenze (ist erreicht)«. Auf dem Foto war ein Strom syrischer Flüchtlinge abgebildet. Es spielte keine Rolle, dass sich an den britischen Grenzen keine Flüchtlingsmassen stauten. Die Briten sind nicht Mitglied der Schengenzone und Schutzsuchende sammelten sich während der Krise 2015–2016 in einem Lager in Calais. Es spielte auch keine Rolle, dass die britische Regierung im Gegensatz zu

Österreich und Deutschland kaum syrische Flüchtlinge aufgenommen hatte: insgesamt nur 20.000 über vier Jahre von 2016 bis 2020. Und es spielte auch keine Rolle mehr, dass es bei der Volksabstimmung über die EU-Mitgliedschaft nicht um Flüchtlinge ging, sondern um die Freizügigkeit für EU-Bürger.

»Die Brexit-Befürworter vermischten EU-Zuwanderer absichtlich mit Flüchtlingen«, kritisiert Ex-Premier Tony Blair. »Deshalb hat Nigel Farage sich vor dem Referendum vor einem syrischen Flüchtlingsstrom ablichten lassen und nicht vor europäischen Einwanderern.« Nigel Farage hat sich nie für sein irreführendes und xenophobes Plakat entschuldigt. Er hat damit ja genau das erreicht, was er immer wollte: Großbritannien aus der EU zu führen.

Die Entscheidung über den Austritt aus der EU wurde in einer Volksabstimmung am 23. Juni 2016 gefällt. Das Referendum selbst wurde nicht angesetzt, um das Volk zu befragen, sondern als politische Finte. David Cameron wollte seine rebellierenden EU-Skeptiker in der Tory-Partei unter Kontrolle bringen. Die Mehrheit, die dann gegen den Verbleib in der EU stimmte, war mit 51,9 Prozent zu 48,1 nicht groß. Und die Volksabstimmung war an sich nicht einmal bindend.

Nach dem Rücktritt des glücklosen David Cameron ergatterte Theresa May den Posten der Premierministerin, weil sich die aussichtsreichsten Kandidaten Michael Gove und Boris Johnson gegenseitig in den Rücken fielen wie Neidhammel in Panik. Um ihre Position zu festigen, konvertierte Theresa May am ersten Tag von einer moderaten Proeuropäerin zu einer harten EU-Feindin und verkündete: »Brexit heißt Brexit«.

Das gefiel Nigel Farage ausnehmend gut. Im Herbst nach dem Referendum traf ich ihn bei einer Buchpräsentation. Farage strahlte. Er war so glücklich, wie man es nur sein kann,

wenn man sein Lebensziel erreicht hat: »Sie können sich nicht vorstellen, wie herrlich es ist, dass wir jetzt auf unseren Unabhängigkeitstag zusteuern!« Die Kameras waren ausgeschaltet, er war nicht mehr angriffig, eher der Typ leutseliger Trinkkumpan. Im Zuge der Unterhaltung sagte er auch so nebenbei: »Wir werden endlich aus der EU austreten und dann über die nächsten Jahre den Mist rauswerfen.« Meinte er damit EU-Regeln, die ihm nicht behagten? Oder Ausländer, die ihm nicht passten? Farage definiert die Dinge oft nicht ganz genau. Seine Fans verstehen ihn auch so ganz gut.

Farage ist die grobe Variante eines Populisten, des kleinen Engländer mit schlecht sitzendem Anzug, wüsten Farbkombinationen von Krawatte und Hemd und dem Charme eines ehemaligen City-Bankers, der gerne in englischen Pubs mit einem *pint of Lager* in der Hand gegen die EU-Bonzen wettet. Während er ganz gut von dem Gehalt lebt, das er als Abgeordneter im Europäischen Parlament erhält.

Der andere Gaukler und Blender, der Britanniens Politik auf den Kopf gestellt hat, ist Boris Johnson. Alexander Boris de Pfeffel Johnson ist ein Großbürgersohn, aber in gewisser Hinsicht ein verlorener – ein Rebell in einer Familie von politisch aufgeschlossenen Tories. Er ist jene Art von Engländer, dessen Hemd oft hinten aus der Hose hängt, als würde er signalisieren wollen, dass Formalitäten angesichts der gewaltigen geistigen Aufgaben nicht wichtig seien. Es erinnert ein wenig an die abgewetzten Sesselbezüge im altenglischen Gentlemen's Club »The Garrick« in Soho. Hier sind Frauen immer noch nicht zugelassen, es sei denn als Gast.

Leisten könnte sich der ehrwürdige Garrick Club neue Armesselbezüge durchaus. Warum also das nachlässige Image? Unbewusst wird hier der Kontrast gesetzt zwischen den abgenutzten Fauteuils und der edlen Kunstsammlung, die seit

1831 von den Mitgliedern zusammengetragen wurde. Eine bebilderte Prioritätenliste gewissermaßen, ein Selbstbild, das sagen will: Wer hat schon Zeit für neue Sesselbezüge, wenn es um die große Kunst geht? Aus dieser zutiefst englischen Tradition kommt auch Boris Johnson, wobei sich bei ihm der elitäre Schlendrian mit dem Bedürfnis mischt, das ewige *enfant terrible* spielen zu wollen. Dieser Mix aus Hofnarr und Machtpolitiker, der jenseits der unernsten Zoten in einem Shakespeare-Drama auftreten könnte, hat für ihn bisher gut funktioniert.

Der ehemalige Journalist wird seit Jahren als eine der Hoffnungen der Tory-Partei gehandelt. Eigentlich ist jetzt seine Stunde gekommen. Schon als Korrespondent für den *Daily Telegraph* in Brüssel präsentierte Johnson sich als EU-Skeptiker, der für eine Pointe auch gerne mal die Wahrheit opferte. Als Londoner Bürgermeister von 2008 bis 2016 gefiel er sich als aktionistischer Stadtvater, der auch noch dann Gefallen an öffentlicher Aufmerksamkeit fand, wenn er in eine zutiefst lächerliche Lage geraten war – etwa als er 2012 auf einem Londoner *zip wire* mitten in der Fahrt hängen blieb und die peinliche Panne damit zu überspielen suchte, dass er lustig britische Fähnchen schwenkte. Johnson ist daher für das Brexit-Drama die perfekte Besetzung.

Man sagt, er sei sich bis zu der Nacht vom 21. Februar 2016 nicht sicher gewesen, ob er sich für oder gegen den EU-Austritt aussprechen sollte. Er schrieb zwei Kolumnen für den *Daily Telegraph* zum Thema und schickte dann jene ab, die ihm besser erschien. Wer beide liest – sie sind in »All Out War«, einem erhellenden Buch von *Sunday-Times*-Journalist Tim Shipman abgedruckt –, merkt schnell: Boris Johnson kann die EU nicht ausstehen. Seiner *Remain*-Argumentation fehlt es an Leidenschaft, in der *Leave*-Kolumne dagegen kann man förm-

lich fühlen, wie ihm das Vergnügen aus der Feder spritzt: »Wir haben uns so an unsere Nanny in Brüssel gewöhnt, dass wir infantilisiert wurden, unfähig, uns eine unabhängige Zukunft vorzustellen. Wir haben das größte Empire der Welt regiert ... sind wir jetzt wirklich nicht in der Lage, eigene Handelsabkommen zu schließen?« Gezögert hat er wohl nur, offen Farbe zu bekennen, weil ihm lange nicht klar war, welche politische Position für ihn profitabler sein würde.

Nachdem seine Mitstreiter David Cameron, George Osborne und die an sich eher EU-skeptische Theresa May sich für den Verbleib ausgesprochen hatten, war für ihn klar, dass er auf der *Remain*-Seite keine herausragende Position mehr einnehmen konnte. Der Austrittsflügel dagegen brauchte noch eine Galionsfigur.

Der britische Schriftsteller Tom McCarthy verweist in einem Artikel in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* auf die Aktualität des »Hamlet« heute und seine Parallelen zu den politischen Führern der Gegenwart: »Dieses politischste aller Theaterstücke entwirft eine Situation, in der ein vormals reiches und mächtiges Land infolge eines von internen Machtkämpfen der politischen Klasse ausgelösten Coups mit seinen Nachbarn über genau jene Handels- und Grenzprivilegien verhandeln muss, die es gerade über Bord geworfen hat. Der Nutznießer des Coups, der alles an sich reißende Mörder Claudius, gibt sich große Mühe, seinen Griff nach der Macht als legitimen und demokratischen Vorgang darzustellen, indem er sein Publikum bei Hof rühmt: ›Haben auch hierin / Nicht eurer bessern Weisheit widerstrebt, / Die frei uns beigestimmt‹ – ganz so, wie die Strippenzieher des Brexits ihren Griff nach der Macht als Volkswillen darstellten.«

SCHUBUMKEHR?

Sagen die Briten den EU-Austritt vielleicht doch wieder ab? Diese Frage habe ich so oft in Wien gehört, obwohl in London das Ergebnis des EU-Referendums von Tag eins an als praktisch unumstößlich galt. Das lag nicht nur daran, dass es in Großbritannien selten Volksabstimmungen gibt und man deshalb den Willen des Volkes nicht infrage zu stellen wagte. Es war auch so: Die Briten sind in der EU-Frage ungefähr zur Hälfte in *Leavers* und *Remainers* gespalten. Die *Remainers* aber sind oft nicht so leidenschaftlich wie die *Leavers*. Eine Umkehrung des Votums ist von Anfang an kaum denkbar gewesen, dazu fehlte ein proeuropäisches Narrativ. Und eine starke politische Persönlichkeit, die dafür gekämpft hätte.

Auf ein zweites Referendum hoffen zwar viele, die mit zunehmender Verzweiflung zusehen, wie ihr Land in einen Brexit stolpert, der ihm schaden wird. Die Referendumsfrage hieß: »Wollen Sie in der EU bleiben oder wollen Sie austreten?« Sollte das Volk deshalb nicht doch die Chance haben, noch einmal über den Austrittsvertrag abzustimmen? Weder die konservative Regierung noch die oppositionelle Labour Party befürworten eine zweite Volksabstimmung. »Dabei wäre der Vorteil eines zweiten Referendums für alle, dass sie den Leuten die Entscheidung überlassen könnten«, meint Lord Andrew Adonis.

Adonis ist ein Labour-Zentrist, der die zögerliche Haltung von Jeremy Corbyn verabscheut. Adonis steht hinter einer Kampagne von jungen Briten für eine Schubumkehr: »Wir Jungen haben Jeremy Corbyn an die Macht gebracht. Er muss uns jetzt helfen, den Brexit wieder abzusagen!«, fordert Lara Spirit. Die junge Engländerin studiert in Cambridge und hat OFOC mitgegründet: Our Future Our Choice for-

dert ein zweites Referendum. »Wir müssen schließlich damit nicht nur ein paar Jahre leben«, sagt sie, »sondern für die nächsten Jahrzehnte!«

Trotz des energischen Einsatzes von Lara Spirit und Gleichgesinnten kommt Britannien dem EU-Austritt immer näher. Die spinnen, die Briten, heißt es dann meist aufseiten der ratlosen Europäer: Das wird die Briten doch nach den meisten Studien mehr kosten als es bringen kann. Wer dreht schon dem größten Handelsmarkt direkt vor der Haustür freiwillig den Rücken zu?

Großbritannien ist heute Mitglied des europäischen Binnenmarkts und der Zollunion, das Land hat aber abgelehnt, den Euro als Währung einzuführen und sich in die passfreie Schengenzone zu begeben. Eine zukünftige Beziehung zur EU wie sie entweder Norwegen als Mitglied des Binnenmarktes oder Kanada mit einem Freihandelsabkommen haben oder gar kein Abkommen – alle drei Modelle kosten mehr als die EU-Mitgliedschaft heute. Das wirtschaftlich am wenigsten schädliche Modell wäre ein Verbleib im Binnenmarkt und in der Zollunion gewesen. Dies hat Theresa May von Anfang an abgelehnt, weil ihr Land dann keine eigenen Handelsabkommen abschließen könnte. Mit Mühe schwor sie ihr zerstrittenes Kabinett im Juli 2018 darauf ein, sie in den Verhandlungen mit Brüssel für ein Freihandelsabkommen mit einem Common Rule Book zu unterstützen. Dies bedeutete einen Verbleib des Vereinigten Königreichs im Binnenmarkt nur für Güter und nicht für Personen, Kapital und Dienste. Die EU wird dies kaum akzeptieren. Die Verhandlungen im Herbst werden hart. In Brüssel und London ist die Angst vor einem Zusammenbruch der Verhandlungen gestiegen. Man spricht Ende Juli 2018 von vierzig Prozent Chancen auf ein No-Deal-Szenario.

Nach den Berechnungen von Mays eigenen Beamten wird

jeder Brexit kostspielig. Norwegen ist im Binnenmarkt, aber nicht in der Zollunion – selbst diese sehr enge Beziehung zur EU würde die britische Wirtschaft immer noch zwei Prozent des nationalen Einkommens oder vierzig Milliarden pro Jahr kosten. Wenn es ein Freihandelsabkommen zu spezifischen britischen Bedingungen gäbe, rechnet die jetzige Regierung mit Einbußen um die fünf Prozent. Ein Exit ohne Deal käme auf glatt acht Prozent des Bruttonationalprodukts. Nach einer Studie von Global Future sind alle von der Regierung angedachten Szenarien teurer als der Status quo.

Der wirtschaftliche Schaden ist die eine Sache. Die andere Sache aber ist der politische Preis, den die Briten für den Brexit zahlen werden. Sie werden nicht mehr mit am Tisch sitzen, wenn die EU sich neue Regeln, Aufgaben, Pflichten und Verantwortlichkeiten gibt – bisher hatten die Briten die Chance, die EU in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Doch genau da liegt der Hund begraben: Vielen *Brexiteers* ist es nicht so wichtig, dass ihnen ihre neu gefundene Souveränität ökonomische und politische Nachteile bringt. Als im Juni 2018 die entnervten Vertreter der britischen Industrie die Premierministerin eindringlich baten, doch endlich eine britische Verhandlungsposition zu präsentieren, die für die Geschäftswelt keinen allzu großen Schaden bedeuten würde, beschied sie Boris Johnson mit einem knappen Ausdruck, für dessen Grobheit man sich bei den Lesern schon vorher entschuldigen muss. Britanniens damaliger Außenminister sagte: »Fuck business.«

Das ist die Wahrheit über die europhobe Fraktion im Land: Egal was es sie kosten wird, sie wollen den Austritt aus der EU erzwingen. Sie wünschen sich in die Zeiten der Splendid Isolation zurück. Ende des 19. Jahrhunderts hatten die Briten nach dieser Maxime ganz gut gelebt: Keine zu engen Allian-

zen, die globale Handelsmacht wollte nur als Schiedsrichter in Konflikte eingreifen. Diese prächtige Isolation endete mit dem 20. Jahrhundert. Engere Allianzen wurden schon vor dem Ersten Weltkrieg wichtig. Mit dem Ende des Empires verloren die Briten zudem ihre lukrativen Kolonien und brauchten neue Wirtschaftspartner. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde aus den bilateralen Verbindungen ein multinationales Projekt, das schließlich als Europäische Union in die Geschichte eingegangen ist – das erfolgreichste Projekt zur Schaffung von Frieden und Stabilität in der Geschichte Europas.

Den Briten ist dies ob der geografischen Lage nicht so bewusst. Die knappe Mehrheit der Nation ist auf ihren Urinstinkt zurückgefallen: Sie verbeugen sich grundsätzlich nicht gerne vor einem ausländischen Souverän. Und unglücklicherweise hat sich im Kopf vieler Briten festgesetzt, dass Brüssel eine übergeordnete Stelle ist – und nicht die gesammelte Macht aller Mitgliedstaaten.

Hinzu kommt, dass der Brexit auch als Ohrfeige für die Eliten gesehen werden muss. Brüssel hat stellvertretend für London einen Schlag ins Gesicht bekommen. Das Austrittsvotum war auch der Aufstand der englischen Kleinbürger gegen das globalistische London und eine Regierung von wohlhabenden Tories, die dem Land einen Sparkurs verschrieben, während sie selbst mit dem Silberlöffelchen im Mund aufgewachsen waren. »Setze nie eine Volksabstimmung an, wenn die realen Löhne schrumpfen«, bringt es Frances O’Grady auf einen sehr einfachen Punkt.

O’Grady ist seit 2013 Chefin der Gewerkschaft Trade Union Congress, die erste Frau in dieser Position. Die Gewerkschaftschefin ist Labour-Mitglied und überzeugte Proeuropäerin. Mit großer Finesse vermittelt sie zwischen den Mitgliedern der Gewerkschaft, ihrer eigenen Parteiführung

und der konservativen Regierung, um ihre Interessen zu wahren: mehr soziale Gerechtigkeit, keine weitere Privatisierung, den Erhalt des nationalen Gesundheitssystems NHS.

Ihr graut, wenn sie an die Folgen des EU-Austritts für ihre Klientel denkt. Allerdings gilt auch hier: Viele Gewerkschaftsmitglieder sind bereit, finanzielle Einbußen zu akzeptieren, solange der Austritt nur stattfindet. Die meisten verstecken sich auch zwei Jahre nach dem Votum immer noch hinter der defensiven Haltung, das Wichtigste sei für die Menschen in England die Befreiung von den Brüsseler Ketten.

Das Missverständnis gegenüber den EU-Strukturen ortet Tim Stanley, ein Kolumnist des europakritischen *Daily Telegraph*, in den lokalen Gebräuchen: »Britannien orientiert sich an Zöllen, die EU aber basiert auf Regeln«, meint er. Stanley selbst hat mit großer Lust für *Leave* gestimmt. Die Verhandlungen zwischen Briten und EU haben seine Meinung nur verfestigt: »Die Unterschiede zwischen uns werden doch immer deutlicher«, meint er: »Wir Briten denken uns heute: Ach, das mit den Grenzen wird schon irgendwie gehen. Hauptsache, wir sind Brüssel los.«

Stanley wurde 1982 geboren. Der junge Engländer aus Kent studierte in Oxford, ist Amerika-Experte und sprüht vor Energie und Witz. Er kann Donald Trump ungemein gut parodieren. Ursprünglich unterstützte Tim Labour, heute wählt er konservativ. Leute wie er sind das Rückgrat von Brexitannien. Auch wenn die Jungen im Allgemeinen viel proeuropäischer sind als die Alten – die Fünfundsechzigjährigen haben doppelt so oft wie die Fünfundzwanzigjährigen für *Leave* gestimmt – so gibt es eben auch richtig leidenschaftliche Brüsselfeinde unter den Jungen. Und sie haben einen langen Atem.

EUROPAS VORREITER

Sich in die Gemeinschaft der europäischen Nationen einzuordnen, war für die Briten nie einfach. Das hat gute historische Gründe. Bis Großbritannien ein Vereinigtes Königreich der Engländer, Schotten, Waliser und Nordiren geworden ist, hatte es Jahrhunderte gedauert, in denen man sich untereinander verheiratet und bekriegt hatte. Die Dominanz der Engländer war allerdings unbestritten. Nachdem der Versuch der Schotten, eine ähnliche Handelsorganisation wie die englische East India Company zu gründen, gescheitert war, ergaben sie sich 1707 dem großen Nachbarn. Die Waliser waren bereits seit 1542 mit England geeint, das hatte noch Henry VIII geschafft. Die Nordiren kamen erst später hinzu, Nordirland wurde 1921 von Irland abgespalten und mit dem Karfreitagsabkommen von 1998 mit einem Sonderstatus und einer *devolved legislature* – also autonomen Regionalregierung – ausgestattet.

Die Engländer sind im Vereinigten Königreich das größte und dominierende Volk – von 66,4 Millionen sind etwa 53 Millionen Engländer, fünf Millionen sind Schotten; in der schottischen Diaspora in Amerika, Kanada und Australien leben ungefähr noch weitere zwölf Millionen Schotten, aber die fallen im Kräfteverhältnis innerhalb des Königreichs nicht ins Gewicht; sechs Millionen sind Waliser und knapp zwei Millionen Nordiren. Obwohl die Engländer das größte britische Volk sind, verfügen sie als einzige über kein eigenes Parlament.

Über die Jahrhunderte haben die vier Völker unter der Führung der Engländer ihre Interessen in der Balance gehalten. Man kann schon an den Begriffsbezeichnungen erkennen, dass diese Balance nicht immer einfach ist: Das Vereinigte

Königreich etwa bezeichnet Großbritannien und Nordirland. Denn Großbritannien ist eine geografische Bezeichnung, die nur Schottland, England und Wales umfasst. Dennoch sprechen wir alle oft von Großbritannien, meinen aber das Vereinigte Königreich.

Für die Engländer war vielleicht auch deshalb die Entstehung der EU in Brüssel gewissermaßen Kinderkram. Am institutionell strukturierten Kräfteausgleich einer Union verschiedener Nationen arbeiten sie schon seit dreihundert Jahren und nicht erst wie Europa seit dem Zweiten Weltkrieg.

Generell dringt in jeder Konversation mit EU-Skeptikern der Unwille durch, sich etwas von den Bürokraten in Brüssel sagen lassen zu müssen. Schließlich hatte das britische Empire seit Jahrhunderten eine weitreichende Bürokratie entwickelt, um das Handelsreich zu verwalten. Die britischen Beamten in den Kolonien wurden in den meisten Fällen von den dortigen Regierungen angestellt. Im Regierungsbezirk Whitehall arbeiteten in der Zwischenkriegszeit viertausend Beamte. Etwa vierundzwanzigtausend Angestellte saßen 1920 in Zollbüros in Häfen und an Grenzübergängen. Insgesamt gehen Experten im Britischen Nationalarchiv von einst vierzigtausend Beamten für das britische Empire aus.

Die EU zählt nicht wie Britannien damals dreißig, sondern fünfhundert Millionen Einwohner. Die EU-Kommission hat zweiunddreißigtausend Beamte, das EU-Parlament siebeneinhalbtausend, im EU-Rat sind dreieinhalbtausend Beamte angestellt. Hinzu kommen noch die EU-Vertretungen in den Mitgliedstaaten, insgesamt nicht viel mehr als fünfzigtausend Menschen. Im Vergleich zum britischen Empire also eine eher schlanke Verwaltung, wenn man bedenkt, dass sich dadurch 28 EU-Staaten eine gemeinsame Struktur gegeben haben. Grundsätzlich aber gilt: Wer regiert, muss verwalten.

Wen das im Empire nicht gestört hat, der sollte sich nicht über die EU-Bürokratie empören.

Dennoch sehen die Briten gerne ein bisschen auf die Brüsseler Beamten herab. Sie haben das Gefühl, die Erfahrung eines weitgespannten Beamtennetzes für eine multistaatliche Kooperation schon viel früher gehabt zu haben.

Genauso ist es bei der Demokratie. Die Briten waren einfach früher dran als die anderen europäischen Nationen. Mit der Magna Charta 1215 begann die Reise zum Parlamentarismus. Seit dem 13. Jahrhundert konnten die britischen Königinnen und Könige nicht mehr ohne die Zustimmung des Adels Steuern einheben. König Johann Ohneland hatte nicht unbedingt mit der Abschaffung der Krone zu kämpfen, musste aber dem Adel Partizipationsrechte zugestehen. Welche andere europäische Nation hat einen Sagenhelden, der sich schon im 12. Jahrhundert selbst aussuchte, wen er für den richtigen König hielt? Genau das soll der wahrscheinlich fiktive, dafür in der englischen Legende sehr lebendige Robin Hood getan haben, als er für den edlen Richard Löwenherz und gegen dessen verschlagenen Bruder John in den Wäldern von Nottingham Partei ergriff.

Es mag daran gelegen haben, dass das Vereinigte Königreich sich so früh entwickelt hat – doch die Modernisierung blieb irgendwann stecken. Die Verfassung wurde nie aufgeschrieben. Bis heute macht ein riesiger Haufen von Gesetzen und Prinzipien, das Common Law, das britische Gesetzeswerk aus. Die Monarchie wurde nie abgeschafft, die Königsfamilie ist bis heute steinreich, ihre reale Macht hat sich aber auf ein starres Ritual von Winken und Lächeln reduziert. Das Vereinigte Königreich hat heute einen altmodischen, konservativen Touch.

Das Brexit-Votum passt da ganz gut hinein. Eine Nation

zieht sich in eine Vergangenheit zurück, die sie in der Zukunft nicht mehr finden wird.

DER KAMPF FÜR ODER GEGEN DIE SOUVERÄNITÄT

Es war eines der wichtigsten Argumente der *Leavers*, dass sie ihrem Parlament in Westminster die Souveränität zurückgeben wollten. Doch der Brexit-Schock führte zunächst zum Gegenteil. Um zu kaschieren, dass nicht einmal die Regierung einen Plan für den EU-Austritt hatte, und um ihre Verhandlungen nicht zu gefährden, wollte Theresa May das Parlament anfänglich aus dem weiteren Prozess heraushalten. Eingedenk der Tatsache, dass achtzig Prozent der Mandatäre im Herbst 2016 noch gegen den EU-Austritt waren, kann man dies der umkämpften Regierungschefin nicht verdenken. Bedenklich war es dennoch, denn es machte aus der Souveränitätsbehauptung reinen Hohn.

Es war nicht etwa die demokratisch legitimierte Opposition von Labour-Chef Jeremy Corbyn, die am Ende die Regierungschefin zwang, dem Parlament ein *meaningful vote* über den endgültigen Deal zuzugestehen. Es war Gina Miller, eine Transparenzaktivistin mit Zivilcourage, die die Regierung verklagte und bis vor den Obersten Gerichtshof brachte. Die unabhängigen Richter gaben ihr recht und Theresa May musste versprechen, das Parlament bei der wichtigsten Entscheidung für Großbritannien seit dem Zweiten Weltkrieg mitentscheiden zu lassen.

Gina Miller sah sich in Folge einer der übelsten rassistischen Hetzkampagnen in der modernen Geschichte Englands ausgesetzt. Die Dreiundfünfzigjährige stammt aus einer indi-

schen Familie in Britisch-Guyana und ist eine ganz besonders gepflegte Erscheinung. Den rassistischen Furor heizte dies noch zusätzlich an – man konnte der klugen und mutigen Frau weder inhaltlich noch persönlich beikommen. Miller bekam täglich Briefe mit wüstesten Beschimpfungen. Einmal pro Woche, schätzt sie, kam ein Paket mit allem Möglichen, von dem man oft nicht wusste, ob es giftig war. Ein Mann aus Knightsbridge wurde bereits dafür verurteilt, dass er auf Facebook dazu aufgerufen hatte, sie »für 5000 Pfund auf der Straße zu überfahren«. Gina Miller geht nicht mehr allein mit ihren Kindern aus dem Haus.

An einem dunklen Winterabend 2018 stand sie vor meiner Tür. Pünktlich wie immer, geschützt nur von ihrem geraden Rückgrat. Wir hatten uns mit ein paar Kollegen bei mir verabredet. »Sie sind mein Safe House«, meinte sie zur Begrüßung. Einen Moment lang blitzte hinter ihrer perfekten Fassade Verletzlichkeit auf. Sie hatte sich schnell wieder im Griff. »Wenn die Regierungschefin erneut versucht, sich ihren rechtlichen Verpflichtungen gegenüber dem Parlament zu entziehen«, meinte Gina Miller, sobald sie im Wohnzimmer Platz genommen hatte, »dann werden wir sie wieder klagen.«

Der Gegensatz zwischen Gina Miller und Theresa May springt ins Auge. Miller ist ein Produkt des globalisierten Britanniens: Sie stammt aus einer Einwandererfamilie. Mit ungeheurer Kraft und Energie ist sie ihren Weg in der Londoner City als *Selfmade Woman* gegangen. Heute leitet sie eine Investmentfirma mit ihrem Mann und betreibt Transparenzkampagnen für die City. Wenn sie nicht gerade die Regierung zur Verantwortung zieht, weil diese das altehrwürdige Parlament übers Ohr hauen will. Den EU-Austritt hält Gina Miller für bedauerlich – inhaltlich wie wirtschaftlich.

Theresa May dagegen profitiert vom Brexit ganz direkt:

Die sozial scheue Pastorentochter wäre vermutlich in freien Wahlen nicht zur Regierungschefin gewählt worden – ihr Potenzial als Volkstribunin ist gering. Inhaltlich versucht sie, die vermeintlichen Interessen der kleinen Bürger wieder mehr ins Zentrum zu stellen – der kleine, englische Mittelstand, nicht die globalisierte Elite steht im Fokus ihrer Politik.

VERRAT

Gina Miller wurde übel mitgespielt, aber nicht allein ihr. Auch die Richter, die ihr recht gegeben hatten, fanden sich prompt mit Foto und Perücke auf den Coverseiten der europafeindlichen Boulevardblätter als »Staatsfeinde« wieder. Konservative Rebellen im Parlament, die Gina Miller unterstützten, wurden auf den Titelseiten als »Verräter« bezeichnet. »Wenn man der Nation etwas verspricht, das nicht zu halten ist«, meint der irische Autor Fintan O'Toole, »dann kommt es in der Folge zu dem Gefühl des Verrats. Dies ist in Sachen Brexit unausweichlich, weil den Leuten viel zu viel versprochen wurde.«

Der Begriff des Verrats ist den Briten nicht neu. Schon die Schwestern Elizabeth I und Maria Stuart und ihre Verschwörer machten sich im 16. Jahrhundert gegenseitig den Thron streitig. Bei Shakespeare ist es gang und gäbe, dass die Herrschenden einander die Krone stehlen. Bei Hamlet ist es sogar der eigene Onkel, der ganz perfide mit der Mutter den Mord am Vater plant.

Der Begriff des Verrats aber verschwand für lange Zeit aus dem britischen Denken. 1688 war das letzte Mal, dass ein ausländischer Herrscher Britannien erfolgreich erobert hat. Die Glorious Revolution, als der holländische Prinz von Oranien

gemeinsame Sache mit englischen Parlamentariern machte und James II vom Thron stürzte, war die Letzte ihrer Art. Der Holländer, ein Neffe von James II, setzte sich als William III auf den englischen Thron. Es gab danach keine Revolution mehr. Mit William III und Mary II wurde die konstitutionelle Monarchie eingeführt.

Anders als in Frankreich gab es keine blutige Revolutionswelle im 18. Jahrhundert und im Zweiten Weltkrieg kein Vichy-Regime. Die Kollaboration mit den Nazis liegt den Franzosen bis heute auf der Seele. Doch jetzt ist es mit dem EU-Referendum passiert: Der Begriff des Verrats ist zurück in der britischen Diskussion. Und er macht vor niemandem halt. Der *Daily Telegraph* bezichtigte auch schon Theresa May des Hochverrats.

Alles, was den Briten heilig ist, wird durch den EU-Austritt infrage gestellt. Demokratie, Parlament, Toleranz, selbst die sprichwörtliche Gelassenheit. Die alten Sicherheiten gelten nicht mehr. Das EU-Votum zeigte 2016, dass die Briten keine klaren Vorstellungen mehr haben, wer sie eigentlich sind. »Der Mythos des 19. Jahrhunderts, als Britannien der Workshop of the World war«, meint Mark Leonard vom EU-Thinktank European Council on Foreign Relations, »als die Engländer eine stolze protestantische Nation waren, umgeben von Katholiken, ausgestattet mit einem Empire, in dem die Sonne nie unterging – diese Erzählung ist nach dem Zweiten Weltkrieg zu ihrem Ende gekommen.«

JAMES BOND WIRD AUSGEBOOTET

Früher konnte man sich darauf verlassen, dass Großbritannien schon deshalb in Europa eine wichtige Rolle spielte, weil

das Vereinigte Königreich eine schlagkräftige Armee hatte. Zu Zeiten des Empires entwickelt, hat die British Army mit Flotte, Luftwaffe und Geheimdiensten bis heute einen festen Platz am Firmament des Nationalstolzes. Doch welche Kriege werden damit noch geführt, welche Interessen durchgesetzt? Die Briten befreien heute nicht mehr Europa von den Nazis, dafür haben sie gemeinsam mit den Amerikanern einen Krieg im Irak geführt, der auf falschen Voraussetzungen basierte.

Sogar die Vorreiterrolle als potenteste Militärmacht Europas wird den Briten von den Franzosen schon heute streitig gemacht. Die Franzosen werden innerhalb der EU als Militärmacht und Nuklearmacht aufgewertet, wenn Großbritannien die Union verlässt. Die USA sind wegen Donald Trump kein verlässlicher Partner als Weltpolitiker mehr. Und Britannien hat eine Entwicklung verschlafen, die Israel zu einer der bedeutendsten Cybermächte der Welt gemacht hat: Aus dem Sicherheitsapparat der Armee entwickelte sich in Tel Aviv eine Keimzelle für eine lukrative wie innovative Hightech-Nation. In Britannien, obwohl so viel größer und historisch bedeutender, ist davon weit weniger zu spüren.

Selbst James Bond, dem legendären Agenten der Königin, wird inzwischen von anderen Geheimdiensten der Schneid abgekauft. Als Elizabeth I an ihrem Tudor-Hof ihren Geheimdienst gründete, diente er vornehmlich zu ihrem eigenen Schutz. Überwacht wurden antiklerikale und antimonarchistische Rebellen. Elizabeth I war damit im 16. Jahrhundert eine der ersten Monarchinnen, die sich Spione hielt.

Die anderen Staaten haben längst nachgezogen. Heute spionieren einander alle Mächte mehr oder weniger offiziell aus. Das Leben der Agenten ist dabei längst nicht so schillernd wie jenes des fiktiven James Bond 007. Die meisten Informanten sitzen als Militärattachés in den Botschaften und schicken

Berichte nach Hause. Manche Geheimagenten leben gefährlich und sterben früh.

Zwei herausragende Beispiele waren 2006 der ehemalige russische FSB-Offizier Alexander Litwinenko, der vor aller Augen mitten in London von zwei Ex-Kollegen mit Polonium vergiftet wurde. 2018 überlebte der zwischen Großbritannien und Russland ausgetauschte Doppelspion Sergei Skripal einen Mordversuch nur knapp. Die russische Führung weist jede Verantwortung von sich. Die britische Regierung wirkte blamiert – weder konnte sie diese Anschläge auf ihrem Boden verhindern noch weiter zur Aufklärung beitragen.

So hat sich der Vorsprung Großbritanniens gegenüber den europäischen Konkurrenzländern über die Jahre immer mehr verringert. Bei der Demokratie haben die Europäer ebenso aufgeholt wie bei der unabhängigen Justiz. Die Industrialisierung hatte frühe Erfolge erzielt. Die Deindustrialisierung aber hat in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts im Norden Englands tiefe Wunden hinterlassen, die nur schwer heilen. Das britische Empire – an seinem Höhepunkt 1913 kontrollierte es 412 Millionen Menschen oder 23 Prozent der Weltbevölkerung – war einst das größte der Welt. Mit der Übergabe Hongkongs an China endete das Empire 1997. Der Commonwealth of Nations, dem sich viele der ehemaligen Kolonien angeschlossen haben, ist nur noch ein blasser Schatten des früheren Reiches.

Einige Commonwealth-Staaten hatten nach ihrer Unabhängigkeit in den fünfziger und sechziger Jahren Gespräche über Handelsabkommen mit der EWG begonnen. Großbritannien lief damals Gefahr, in der Isolation zu landen. Die Hinwendung des ehemaligen Empires zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft schien deshalb für die Briten in den sechziger Jahren fast unausweichlich die richtige Antwort auf

die Herausforderungen der neuen Zeit zu sein. Die ersten Ansuchen 1963 und 1967 wurden allerdings von Frankreich abgelehnt. 1969 begannen dann endlich Verhandlungen über einen EWG-Beitritt. Als Großbritannien 1973 aufgenommen wurde, rebellierte die Labour Party und forderte Neuverhandlungen. Bei einem Referendum über die EWG-Mitgliedschaft gewann die proeuropäische Mehrheit mit 67 Prozent. Seit 1975 war Großbritannien Mitglied der Europäischen Gemeinschaft.

Knapp zwei Jahrzehnte ging das gut. Doch dann ging die EU ab den neunziger Jahren einen Weg, den viele Briten nicht mitgehen wollten: Der Maastricht-Vertrag 1992 führte sie auf den Weg zu einer Währungsunion und politischen Union, die den Briten zutiefst suspekt war. Dem Euro sind die Briten folgerichtig nie beigetreten, da ihnen ihr Pfund noch heiliger war als den Deutschen ihre Mark. Die politische Union haben sie gemeinsam mit anderen erfolgreich verhindert.

BREMSKLOTZ BRITANNIEN

Jetzt, wo die Briten die EU verlassen, können die verbleibenden 27 Mitglieder ohne den britischen Bremsklotz theoretisch einiges weiterbringen. Emmanuel Macron möchte eine Vertiefung der EU, vielleicht zieht ein innerer Kreis von EU-Staaten mit. Deutschland wird vielleicht nicht Motor sein, weil Angela Merkel nicht mehr mit der gleichen Kraft regiert wie zuvor, doch verhindern wird Deutschland eine tiefere Integration nicht. Innerhalb der CDU und der SPD gibt es eine klare proeuropäische Mehrheit.

Länder wie Polen oder Ungarn sind derzeit aber mindes-

tens so unsichere Partner wie Italien. Auch Österreich zählt mit dem Koalitionspartner FPÖ zu jenen Regierungen, die die EU-Integration eher zurücknehmen als befördern wollen. Das EU-Rauchverbot in Restaurants wurde von der ÖVP-FPÖ-Koalition bereits gekippt. Und ganz oben auf der Agenda steht für eine neue Gruppe von Gleichgesinnten die Asylpolitik – die neu gewählte italienische Regierung mit der rechtsradikalen Lega, die weit rechts von Merkels CDU stehende CSU in Bayern und die österreichische Regierungskoalition, die die rechtsextreme FPÖ einschließt.

Vielleicht spielt deshalb die der Abgang der Briten gar keine so große Rolle. Einfach deshalb, weil sowieso keine großen Sprünge zu erwarten sind.

In diesen unsicheren Zeiten wird die innereuropäische Balance mit dem Austritt der Briten gehörig getestet. Dabei geht es nicht allein darum, dass Deutschlands Gewicht relativ gesehen noch viel größer wird, weil das zweitgrößte Mitglied aus der Union austritt. »Die Nicht-Euro-Länder verlieren nach dem britischen Austritt ihren größten Fürsprecher«, bemerkt Leopold Traugott vom Thinktank Open Europe. Schon heute gibt es nur neun Nicht-Euro-Staaten, die neben 19 Mitgliedern mit dem Euro als Währung oft Schwierigkeiten haben, ihren Interessen Gehör zu verschaffen.

Die Briten waren innerhalb der EU außerdem ein guter Partner für alle, die ein wirtschaftlich liberales Europa wollten. Großbritannien und Deutschland standen zwar im Europäischen Rat in Fragen der politischen Integration oft gegeneinander, sie haben aber beide die EU als eine ökonomisch gesehen liberale Union geprägt: Sie haben den Binnenmarkt gemeinsam erweitert und vertieft und dabei recht strikte Regeln gegen staatliche Interventionen verhängt. Einer der Architekten des Single Market war kein anderer als der von

Margaret Thatcher entsandte EU-Kommissar Lord Arthur Cockfield, der in den Worten des britischen EU-Spezialisten Ivan Rogers »wahrscheinlich der größte Produzent supranationaler Gesetzgebung in der menschlichen Geschichte« war. Frankreich war im Vergleich weniger aktiv.

Nach außen hin haben Großbritannien und Deutschland sichergestellt, dass die EU gegenüber globalem Handel und Investitionen offen war. Das CETA-Abkommen ist ein Beispiel dafür. Gemeinsam mit den liberalen Ländern – Irland gehört auch dazu – verfügten sie über eine Sperrminorität von 36,8 Prozent – man braucht 35 Prozent, um Entscheidungen zu blockieren. Ohne das Vereinigte Königreich fällt der Anteil der liberalen Gruppe auf 27,8 Prozent. Deutschland bleibt jetzt mit den kleineren liberalen Ländern allein – den Niederlanden und Skandinavien.

Finanziell wird Großbritannien der EU erst einmal ganz sicher fehlen. Das Vereinigte Königreich war Nettozahler ins EU-Budget. Zurzeit zahlen die Briten noch über zehn Milliarden Euro jährlich ein. Das Vereinigte Königreich ist die zweitgrößte Wirtschaft der EU, 16 Prozent ihres Bruttonationalprodukts gehen auf das Konto der Briten. Es ist damit ungefähr so groß wie die Wirtschaften der neunzehn kleinsten EU-Staaten zusammengenommen.

Großbritannien zeichnet außerdem für etwa ein Viertel der Verteidigungskapazität der EU verantwortlich. Neben Polen, Estland und Griechenland ist das Vereinigte Königreich der einzige EU-Staat, der mehr als zwei Prozent des BIP für seine Verteidigung ausgibt. Die Briten sitzen auf einem der zwei permanenten Sitze von EU-Staaten im UN-Sicherheitsrat. Und sie sind auch einer der wichtigsten Geldgeber in der EU, was die Entwicklungshilfe betrifft.

Wie weit wird die EU den Briten fehlen? Immer deutlicher

wird, wie essenziell viele EU-Institutionen und EU-Regulierungen für die Sicherheit aller Beteiligten sind. Das betrifft den Europäischen Haftbefehl genauso wie die Beteiligung an Europol. Viele europäische Initiativen haben Großbritannien als Standort attraktiver gemacht – zum Beispiel wurden EU-weit die Regeln für Rechtsstreitigkeiten harmonisiert. Wenn britische Richter nicht mehr daran gebunden sein sollten, könnten internationale Konzerne ihre Streitigkeiten nicht mehr vor Londoner Gerichten austragen wollen. Schon jetzt richten Handelsgerichte in Frankreich, Deutschland und Holland englischsprachige Schiedsgerichtsabteilungen ein, um dieses Service in EU-internen und auch internationalen Streitfällen anbieten zu können.

Unter Umständen wird es für die Briten und ihr nationales Empfinden besser sein, außerhalb der EU zu landen. Gewisse Einfuhrbeschränkungen der EU könnten die Briten in neuen Handelsabkommen mit Commonwealth-Ländern aussetzen. Der britische Handelsminister Liam Fox hat bereits angedeutet, dass eine Einfuhr von australischem Fleisch etwa den Preis für die Konsumenten senken würde. Wie wichtig am Ende die bisherigen Gesundheitsstandards der EU für die Briten sein werden, wissen sie derzeit selbst noch nicht.

Schon zu Zeiten der EU-Mitgliedschaft war es den Briten nicht ganz ernst damit. Sonst wäre kaum Pferdefleisch auf den Tiefkühlpizzen der Supermarktkette Tesco gelandet. Nicht deklariertes Pferdefleisch wurde auch in Fertigprodukten anderer EU-Staaten festgestellt, aber nirgendwo in dem Ausmaß wie im Vereinigten Königreich: In 27 britischen Hamburgern der Supermarktkette Tesco – in denen offiziell Rindfleisch verarbeitet worden war – fanden sich bei einem Test im Jahre 2013 in 37 Prozent Pferdefleisch und in 85 Prozent Schweinefleisch.

Alles zusammengenommen ist die Geschichte der Briten in Europa jetzt zu einem Abschnitt gekommen, der geografisch für sie richtiger gewichtet scheint. Die britische Regierung will in Zukunft näher an Europa sein als die Kanadier, aber weiter weg als die Schweiz und ebenso entfernter als Norwegen. Das ist das Ergebnis der Verhandlungen von Theresa May innerhalb ihres Kabinetts.

Der luxemburgische Premierminister Xavier Bettel brachte es im März 2018 auf den Punkt: »Großbritannien war bisher in der EU mit vielen Opt-Outs und möchte jetzt außerhalb der EU stehen mit vielen Opt-Ins.« Das Vereinigte Königreich stand bisher am äußersten Rand innerhalb der EU und scheint künftig ganz nahe am Zaun außerhalb der EU stehen zu wollen.

Der Brexit hätte vielleicht vermieden werden können, hätte Tory-Premier David Cameron das Referendum nicht auf die Tagesordnung gesetzt. Doch alle meine Reisen und Gespräche außerhalb von London haben in mir die Ansicht gefestigt, dass Großbritannien wirklich eine Sonderrolle in der europäischen Gegenwart spielen will. Seit dem Maastricht-Vertrag ist die Schere zwischen den Kontinentaleuropäern und den Inselbewohnern immer weiter aufgegangen.

Was bedeutet die Vision der *Brexiters* für Britannien in der nächsten Zukunft? Welche Chancen bietet *Global Britain*, die Rückbesinnung auf das Empire und eine Stärkung des Commonwealth? Welche Möglichkeiten ergeben sich aus der neuen wirtschaftlichen Ausrichtung – weg vom europäischen Handelsblock hin zu Freihandelsabkommen mit Ländern wie Australien und Amerika und hin zu den aufstrebenden Mächten China und Indien? In den nächsten Kapiteln werden diese Optionen diskutiert.

Gezeigt wird auch, wie sich das Verhältnis zur EU verän-

dern könnte. Ein Entweder-oder wird für Britannien kaum möglich sein. Schon Winston Churchill hatte dies für seine Nation nach dem Zweiten Weltkrieg erkannt. »Churchill sah Britannien als Teil eines Quadrats«, meint der irische Publizist Fintan O'Toole: »Auf den anderen drei Seiten stand die Special Relationship mit den Vereinigten Staaten, der Commonwealth und – ein geeintes Europa. Britannien sollte dort in Churchills Augen eine führende Rolle spielen und gemeinsam mit den anderen Zollmauern und Passbarrieren abbauen.«

Erinnern Sie sich noch an die Schlagzeile in der *Times*: »Dense Fog in the Channel: Continent Isolated for Three Days«? Wenn ja, dann trägt Sie Ihr Gedächtnis. Denn es gab diese Schlagzeile nie: »Dichter Nebel über dem Kanal: Der Kontinent drei Tage lang abgeschnitten.« Das Archiv der *Times* kennt den Titel nicht, weder 1933 noch 1957, wie immer wieder behauptet wird.

Die Schlagzeile war ein Witz der Engländer über die Engländer. Man machte sich lustig über sich selbst, über das Insularische im Britischen, das Kindliche im Volksgemüt, das annimmt, der Nabel der Welt zu sein. Und die britischen Inseln seien nicht dem Kontinent vorgelagert, sondern umgekehrt. Britannien nach dem EU-Austritt wird sich mit sich selbst beschäftigen müssen, eine Nabelschau, die durchaus schmerzhaft sein könnte.

Der Brexit hat nicht nur die britische Politik verzerrt, sondern auch das Spiegelbild dieser Nation. Dafür könnten die Briten in der neuen Ära der Splendid Isolation ihren Sinn für Humor wieder ankurbeln. Denn wie die obige Schlagzeile zeigt, gab es einmal eine Zeit, als ihr Sinn für Selbstironie richtig gut ausgeprägt war.